

DOKUMENTATION



FACHTAG

„ANKOMMEN UND GESTALTEN –
BETEILIGUNG VON NEUZUGEWANDERTEN IN BERLIN“

9. NOVEMBER 2018
in der Berliner Stadtmission

Immer mehr Einrichtungen setzen sich zum Ziel, die Teilhabe von geflüchteten und neuzugewanderten Menschen zu fördern. Im letzten Jahr hat das Mobile Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung (MBT) zahlreiche Projekte und Träger zu diesem Thema beraten. Der diesjährige Fachtag des MBT hatte daher den Titel „Ankommen und Gestalten – Beteiligung von Neuzugewanderten in Berlin“. Rund 100 Expertinnen und Experten der sozialen Arbeit, Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft folgten der Einladung am 9. November 2018 in die Berliner Stadtmission.

Im Vorfeld des Fachtages führte das MBT Interviews und Gespräche mit Akteurinnen und Akteuren in Berlin. Dabei tauchten wiederholt folgende Fragen auf:

- Was ist Teilhabe, wo beginnt sie, wie funktioniert sie?
- Wie können wir Barrieren abbauen und den Zugang zu Strukturen und Ressourcen erleichtern? Welchen Bedarf an Partizipation haben Geflüchtete, wenn zunächst basale Bedürfnisse gestillt werden müssen?
- Wie kann der Erfahrungstransfer von bereits etablierten Strukturen in der Migrationsgesellschaft gelingen, was ist anschlussfähig?
- Wie kann Partizipation in Unterkünften gelingen? Ist Partizipation an dieser Stelle überhaupt möglich und gewünscht?

Der Fachtag bot den Rahmen, um sich über Erfahrungen, Herausforderungen und Gelingensbedingungen auszutauschen.



Ablauf

Stiftung SPI

Fachtag

Ankommen und Gestalten

Beteiligung von Neuzugewanderten in Berlin

09:00	Ankommen
09:30	<p>Begrüßung und Eröffnung</p> <p>Wiebke Them (Geschäftsbereichsleitung „Gesundheit, Wohnen und Beschäftigung“, Stiftung SPI)</p> <p>Grußwort</p> <p>Daniel Tietze (Staatssekretär für Integration der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales)</p>
10:00	<p>„Mobile Beratung und Demokratieentwicklung“ - Kurzinput</p> <p>Ann-Sofie Susen (Projektleitung MBT, Stiftung SPI)</p>
10:45	<p>Impulsvortrag mit Diskussionsrunde</p> <p>„Ein Plan für die Vielheit. Warum die Idee der Integration nicht mehr taugt.“ -</p> <p>Dr. Mark Terkessidis (Journalist, Autor und Migrationsforscher)</p>
12:00	Mittagspause
12:45	<p>Arbeitsgruppen</p> <p>AG I Teilnehmungsformate in den Gemeinschaftsunterkünften: Welche Spielräume gibt es? Was kann entschieden werden? - Partizipation zwischen Anspruch und Wirklichkeit.</p> <p>AG II Berlin, Du bist so wunderbar - auch für Geflüchtete? Wie geht Partizipation in Regelstrukturen? Was ist gewünscht? Was ist notwendig? Was ist machbar? Was haben wir gelernt?</p> <p>AG III Begegnungsangebote zwischen Unterkunft, Hangar und Kiez. Vom Helfen zum Voneinander-Lernen: Wie gelingt Partizipation im Sozialraum? Was will die Zielgruppe? Was brauchen die Projekte?</p> <p>AG IV Empowerment und Selbstorganisation: Interessensvertretung von und für Migrantinnen und Migranten. Welche Perspektiven und Interessen gibt es? Welche Unterstützung ist nötig und wer kann sie leisten?</p>
14:15	Kaffeepause
14:30	<p>Alle an einen Tisch: Teilhabe heißt teilen! - Moderierte Diskussion</p> <ul style="list-style-type: none"> • Katarina Niewiedzial (Integrationsbeauftragte, Bezirksamt Pankow von Berlin) • Sybill Schulz (Leiterin der Koordinierung Flüchtlingsmanagement, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) • Stephan Liebscher (Mitarbeiter des Servicebüros Berlin im Programm „Willkommen bei Freunden“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Berlin) • Forouzan Forough (Stellv. Einrichtungsleitung der Gemeinschaftsunterkunft „Wittenbergerstr.16-18“) • Mohammed EL Ouahhabi (Sport-Integrations-Coach, „Sportbunt. Vereine leben Vielfalt!“, Landessportbund Berlin e.V.)
16:00	Ende



Grußworte

Im Anschluss an **Wiebke Them**, Leiterin des Geschäftsbereichs Gesundheit, Wohnen und Beschäftigung der Stiftung SPI, begrüßte **Daniel Tietze**, Staatssekretär für Integration der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales, die Teilnehmenden des Fachtags. Für den Senat sei Partizipation die Voraussetzung, um das Querschnittsfeld der Integrationspolitik bedarfsorientiert und sinnstiftend zu entwickeln, so Tietze. Es gehe vor allem darum, Menschen zu aktivieren und zu empowern. Eine besondere Brücke in den Alltag stellten die gewachsenen Netzwerke dar.

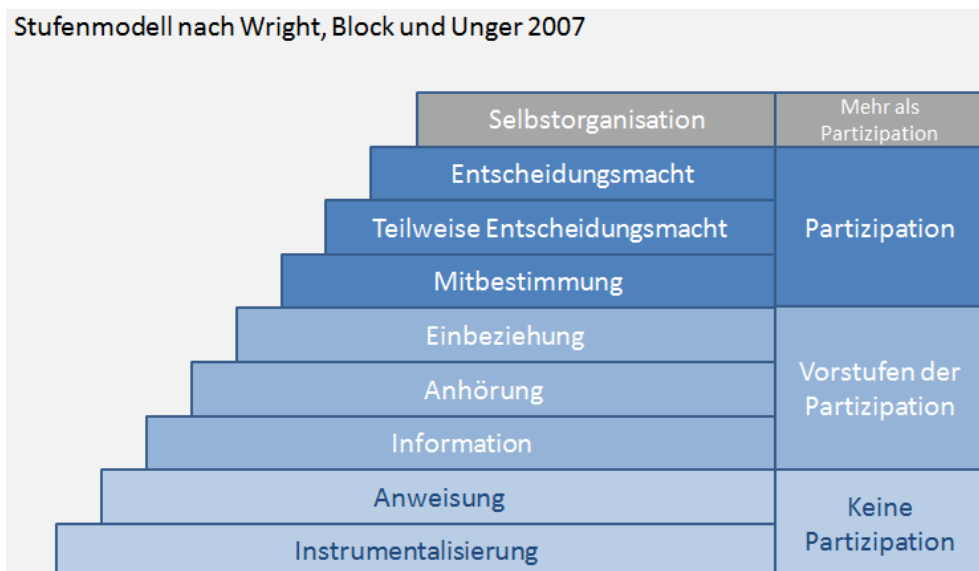
Partizipation sei der wichtigste Ansatz, um Perspektiven, Lösungen und Ansätze zu entwickeln. Bereits durchgeführte Dialogveranstaltungen in den Bezirken und mit Geflüchteten hätten bereits sehr geholfen, Bedarfe festzustellen sowie Lösungen und Maßnahmen zu entwickeln. Es sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Fragen der Integration ressortübergreifend zu entwickeln. Dabei sollten Geflüchtete stärker in die Lage versetzt werden, ihre Bedürfnisse artikulieren zu können, damit ihre Stimmen auch gehört werden.

Ann-Sofie Susen, Projektleitung des MBT der Stiftung SPI, begrüßte die Teilnehmenden im Namen des MBT und bedankte sich bei den Vortragenden und Diskutantinnen und Diskutanten der Fishbowl-Runde für ihr Kommen.

Bereits im Jahr 2017 hätten das MBT zunehmend Anfragen bezüglich der Partizipation, der aktiven Einbindung von Neuzugewanderten in Berlin, erreicht. Begründet sei das Interesse hieran nicht zuletzt in der Annahme, dass soziale, gesellschaftliche und politische Teilhabe eine Voraussetzung für Zugehörigkeit, für das langfristige Ankommen und Niederlassen, seien. „Teilhabe ist die Voraussetzung von Inklusion. Inklusion funktioniert nicht ohne Teilhabe“, so Ann-Sofie Susen.

Zahlreiche Maßnahmen bieten keine Möglichkeit zur Beeinflussung der Entscheidungsprozesse und sind daher nicht als partizipativ einzustufen. Das von Ann-Sofie Susen vorgestellte Stufenmodell nach Wright, Block und Unger (2007) hilft Praktikerinnen und Praktikern, den Grad der in ihrer Arbeit erreichten Partizipation einzuschätzen. So kann Partizipation als ein Entwicklungsprozess verstanden werden: In vielen Zusammenhängen müssen zunächst Vorstufen der Partizipation realisiert werden, bevor eine umfassende Beteiligung der Zielgruppe an Entscheidungsprozessen möglich ist.

Stufenmodell nach Wright, Block und Unger 2007



Wichtig im Zusammenhang mit dem Thema „Partizipation von Geflüchteten“ sei, so Susen,

- die Offenheit für eine Gesellschaft der Vielfalt bzw. Vielheit,
- die Öffnung der Einrichtungen,
- die Bereitschaft zum Dialog und zum Streit,
- eine Haltung der Wertschätzung des Konkreten und der kleinen Schritte.

In diesem Sinne ermunterte Ann-Sofie Susen dazu, den Fachtag zu nutzen, um sich über kleine und große Erfolge auszutauschen, zu berichten, Fragen aufzuwerfen, laut nachzudenken, sich kennenzulernen und zu vernetzen: „Sprechen Sie mit denen, die Sie noch nicht kennen. Nehmen Sie mindestens eine neue Telefonnummer heute mit nach Hause. Ich wünsche uns allen einen erfolgreichen Tag heute.“



„Ein Plan für die Vielheit. Warum die Idee der Integration nicht mehr taugt.“ – Impulsvortrag

(Mark Terkessidis, Journalist, Autor und Migrationsforscher)

„Teilhabe ist ein schönes Wort“, so Mark Terkessidis. Damit es allerdings Teilhabe geben könne, müssten in der Gesellschaft bestimmte Dinge aufgegeben werden. Darüber werde vergleichsweise wenig gesprochen.

Es gebe kein gesellschaftliches Feld mehr, das nicht von Migration berührt wird, erklärt Terkessidis. Migration sei kein Randthema mehr, sondern ein zentrales Thema für die Gestaltung der Gesellschaft. Migration dürfe nicht länger als vorübergehendes Phänomen, als eine Ausnahme, betrachtet werden. Es gehe darum, etwas für die nächsten zwanzig, dreißig Jahre zu gestalten – und nicht nur für die nächsten zwei Jahre.

Terkessidis erläutert, warum die Idee der Integration – so wie sie im Masterplan für Integration formuliert wurde – seiner Meinung der Idee der Teilhabe widerspreche: In Deutschland konzentriere sich die Diskussion immer wieder auf Neuzugewanderte. Die Mechanismen, die dabei in Gang gesetzt würden, seien immer die gleichen: die Entwicklung von Modellprojekten ohne längerfristige Perspektive. Die Projekte müssten viel stärker daraufhin befragt werden, welchen langfristigen Einfluss sie auf den Regelbetrieb haben sollen. Stattdessen würden unter dem Deckmantel der Integration nur Defizite benannt, um sie mit „Sondermaßnahmen“ auf Projektbasis zu beheben. Das sei eine ganze Industrie, die auf das Bild des „armen, bedürftigen Migranten“ ausgerichtet sei. Dieses Bild sei aber nicht differenziert und befördere eine Diskussionskultur, die der Teilhabe als solcher widerspreche.

Dahinter stehe die normative Einstellung in der Gesellschaft „Wir sind hier die Richtigen – und dann gibt es noch die Anderen, die Dazugekommenen, die gewisse Defizite aufweisen.“ Bei diesen vermeintlichen Defiziten handele es sich seit vierzig Jahren um die immer gleichen: Sprachprobleme, patriarchale Familienverhältnisse, „Ghettobildung“ und „Parallelgesellschaften“.



„Je mehr Integration, desto mehr Streit“, meint Terkessidis. Je mehr die Menschen sich zugehörig fühlten, desto mehr protestierten sie auch und desto mehr Ansprüche stellten sie. Und dieser Streit müsse von der Gesellschaft angenommen werden.

Terkessidis schlägt statt Integration den Begriff der „Vielheit“ vor. Vielheit solle die Voraussetzung von jeglichem politischen Handeln sein. Bei der Fragestellung nach Integration würden nur



die „Problemkinder“ gesucht. Die Frage solle aber von der anderen Seite ausgehend gestellt werden: Sind die Regelorganisationen und -institutionen fit für die Vielheit der Gesellschaft? Das sei keine neue Frage, denn sie werde bereits seit den 80er Jahren diskutiert. Sie bleibe jedoch eine entscheidende Frage.



Der Vortrag von Mark Terkessidis wurde auf Video aufgezeichnet. Ausschnitte können auf der Webseite des MBT nochmal angeschaut werden.

<https://www.mbtbelin.de/mbt/aktuelles/meldungen/Fachtag.php>



Berichte aus den Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe I: Beteiligungsformate in den Gemeinschaftsunterkünften (GU)

Moderation Eva Gerlach, Dr. Ingmar Dette

Expertinnen Forouzan Forough (Stellv. Leiterin der GU Wittenberger Straße)

Juliane Willuhn (Leiterin der GU Buch)

In dieser Arbeitsgruppe lag der thematische Schwerpunkt auf dem Format der Bewohner/innen-Räte in Gemeinschaftsunterkünften (GU). Sowohl in der GU Wittenberger Straße in Marzahn-Hellersdorf als auch in der GU Buch in Pankow wurden diese etabliert, um den Bewohnerinnen und Bewohnern einen Raum zur Mitsprache und Mitorganisation in ihrer GU zu ermöglichen. Forouzan Forough (GU Wittenberger Straße) bekräftigte nach langjähriger Erfahrung die positive Wirkung der Bewohner/innen-Räte in Fragen der Beteiligung. Juliane Willuhn (GU Buch) erläuterte, dass ihre Idee zunächst die Etablierung eines demokratisch gewählten Bewohner/innen-Rates gewesen sei. Dieser sei jedoch schwer zu realisieren gewesen, da viele der Bewohnerinnen und Bewohner mit dem Begriff Bewohner/innen-Rat nichts anfangen konnten und ihnen der Sinn eines solchen Instrumentes unklar war. Überdies seien in dem demokratisch gewählten Bewohner/innen-Rat nicht alle wichtigen kulturellen Gruppen der Unterkunft vertreten gewesen. Deshalb entwickelte die GU Buch das Format des „Bewohner/innen-Beirates“. Hierbei seien Bewohner/innen direkt angefragt worden, um eine Beteiligung quer durch alle Bewohner/innen-Gruppen zu ermöglichen.

Diesem Einblick der beiden geladenen Expertinnen folgte ein engagierter Austausch aller Workshop-Teilnehmenden zur konkreten Arbeit eines Bewohner/innen-Rates. Das Café Quitte im Kosmos-Viertel stellte sich als weiteres Beispiel für einen funktionierenden Bewohner/innen-Rat vor. Hier trage dieser einen weniger formalen Charakter, sondern die Bewohnerinnen und Bewohner kämen selbst regelmäßig dorthin und besprächen verschiedene Anliegen.

Die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe betonten, dass es wichtig sei, dass ein Bewohner/innen-Rat keine sozialen Aufgaben wie Konfliktmanagement oder Beratungen durchführt. Stattdessen könnten mit seiner Hilfe Bedarfe wie Extra-Zimmer für Frauen oder Kinder, W-Lan-Anschlüsse, Sauberkeit und Sicherheit erhoben werden. Er fungiere auch als Ideenschmiede für kleine Projekte, die mit externen Akteurinnen und Akteuren umgesetzt werden, wie beispielsweise den BENN-Teams oder Stadtteilzentren. Wesentlich sei, dass tragfähige Beziehungen zwischen Bewohner/innen-Rat und Heimleitung aufgebaut würden, um eine Brücke zu den Bewohnerinnen und Bewohnern zu bauen.



Auch bestehende Herausforderungen nahmen die Diskussionsteilnehmenden in den Blick:

- Durch die hohe Fluktuation in den Bewohner/innen-Räten aufgrund von Ein- und Auszügen sei es schwierig, eine Kontinuität beizubehalten. Oftmals fielen dadurch Beteiligungsprozesse wieder in frühere Phasen zurück.
- Die Notwendigkeit von mehreren Formaten der Beteiligung wurde angemerkt, da jede Unterkunft in ihrer jeweiligen Bewohner/innen-Struktur sowie in den städtischen und sozialen Infrastrukturen anders geprägt sei. Beispielsweise funktioniere die Ergänzung eines Beschwerdemanagements in einigen Unterkünften gut.
- Zu der Frage, ob zwischen den Mitgliedern des Bewohner/innen-Rates und den anderen Bewohnerinnen und Bewohnern eine Hierarchie entstehe, diskutierten die Teilnehmenden die (Macht-)Stellung der Mitglieder. Dabei wurde angemerkt, dass die Bewohner/innen-Räte eher in die Rolle von potenziellen Wunscherfüllenden kämen. Konkret bedeute das, dass andere Bewohnerinnen und Bewohner mit vielen kleinen Anliegen zu ihnen kämen und vom Bewohner/innen-Rat forderten, diese zu lösen. Daher sei es für viele Bewohnerinnen und Bewohner nicht attraktiv, im Bewohner/innen-Rat aktiv zu werden. Zusätzlich führe dies manchmal zu Rollenkonflikten.
- Vereinzelt gebe es auch Fälle, in denen Bewohnerinnen und Bewohner die Rolle des Bewohner/innen-Rates nutzen wollten, um Macht mittels einer gehobenen Position in der Gemeinschaftsunterkunft auszuüben.
- Überwiegend muss jedoch immer wieder nach Teilnehmerinnen und Teilnehmern gesucht werden.
- Das Ziel des Rates werde für die Bewohnerinnen und Bewohner oftmals nicht deutlich bzw. entspreche oft nicht ihren eigenen Zielen. Ihre primären Ziele, eine Arbeit und Wohnung zu finden, könnten sie nicht durch die Arbeit im Bewohner/innen-Rat erreichen. Außerdem sei die Mitbestimmung des Bewohner/innen-Rates durch die Hausordnung der jeweiligen Unterkunft begrenzt.



Grundsätzlich gelte, dass viel Geduld aufgebracht werden muss, um einen Bewohner/innen-Rat aufzubauen. Das sei aber in anderen Bereichen der Gesellschaft nicht anders: Was treibt eine Person dazu an, sich im Kiez zu engagieren? Das muss sich in der Regel mit den eigenen Interessen verbinden lassen.

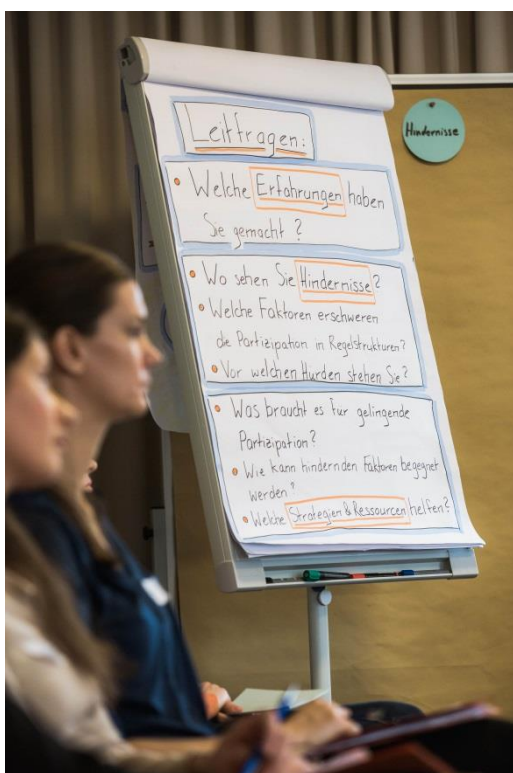
Fragen für die Fish Bowl-Runde:

- Wie kann der Rahmen für Partizipation verbessert werden?
- Wie kann die Beteiligung von Minderheiten ermöglicht werden?



Arbeitsgruppe II: Berlin, Du bist so wunderbar – auch für Geflüchtete?

Moderation	Haroun Chahed, Mariele Trautvetter
Experten und Expertinnen	Sybill Schulz (Leiterin der Koordinierungsgruppe Flüchtlingsmanagement, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales) Stephan Liebscher (Mitarbeiter des Servicebüros Berlin im Programm „Willkommen bei Freunden“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Berlin)



Diese Arbeitsgruppe bestand zur Hälfte aus Vertreter/innen der Verwaltung. Zum Einstieg berichteten Sybill Schulz und Stephan Liebscher von ihren Erfahrungen mit Partizipation in Regelstrukturen. Es folgte eine rege Diskussion zu den eigenen Erfahrungen im Kontext.

Die Teilnehmenden tauschten sich zu vielen Beispielen von Partizipation aus. Eine wichtige Erkenntnis war, dass auch die Regelstrukturen selbst aktiv werden müssen, wenn es um Partizipation geht. Die Herausforderungen von Partizipation könnten nicht nebenbei behoben werden. Regelstrukturen müssten für sich selbst klären, „ob wir in einer Einwanderungsgesellschaft leben“ und was das für die Verwaltung und angrenzende Felder heiße. Dazu müsse zunächst eine Vision bzw. Strategie entwickelt werden.

Thesen der Arbeitsgruppe und identifizierte Herausforderungen:

- „Wir sind am Anfang. Partizipation ist ein langer Prozess mit kleinen Schritten“,
- Partizipation heißt Macht abzugeben,
- Partizipation muss sowohl „top down“ als auch „bottom up“ erfolgen,
- Transparenz und Ehrlichkeit im Umgang mit Partizipation in Regelstrukturen sind wichtig,
- Sprache ist oft eine große Hürde,
- Starre Rahmenbedingungen und fehlende Orte zur Vernetzung,
- Geflüchtete müssen Empowerment erfahren, um partizipieren zu können.



Arbeitsgruppe III: Begegnungsprojekte zwischen Unterkunft, Hangar und Kiez

Moderation	Alexandra Vodde, Aylin Karadeniz
Experten und Expertinnen	Matthias Durer, Hassan Luuay, Friederike Möller Behring, Ali Mohammed (Landessportbund Berlin e.V.) Sofie Götze, Mohammad Mohammadi, Amir Hossein, Arne Sprengel, Sofie Götze, Hossein Amir, Mohammadi Mohammad, (Champions ohne Grenzen e.V.)

Diese Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit folgenden Leitfragen:

- Wie gelingen Begegnung und Partizipation im Sozialraum?
- Was will die Zielgruppe?
- Was brauchen die Projekte?

Die Arbeitsgruppe stellte heraus, dass Angebote zwanglos und niedrigschwellig sein und nicht mit einem entsprechenden „Sozialstempel“ assoziiert werden sollten. Um dem Beratungsbedarf der Neuzugewanderten entgegenzukommen, würden vermehrt Verwaltungsassistentinnen und -assistenten gebraucht. Davon ausgehend diskutierte die Gruppe unsichtbare Grenzen, die die Wahrnehmung der Angebote durch die Geflüchteten erschwerten. Bereits eine Tür oder ein Büro könne eine solche Grenze darstellen. Anstatt also Geflüchtete selbst zu den Angeboten kommen zu lassen, sollte die Zielgruppe verstärkt an öffentlichen Plätzen und Orten aufgesucht werden, an denen die Menschen sich sowieso aufhielten. Dazu müssten allerdings zunächst die Aufenthaltsorte von Geflüchteten identifiziert werden.

Das Angebot sollte zielgruppengerecht und ansprechend gestaltet sein. Wenn es darum geht, (neue) Angebote zu schaffen, sollte zudem danach gefragt werden, welche Themen die Menschen überhaupt bewegen und wie offen das Angebot wirklich ist. Dadurch verschiebe sich die Perspektive von Integration hin zur Inklusion der Neuzugewanderten.



Ebenso sollten Netzwerke und Angebote mit einer längerfristigen Perspektive ins Leben gerufen werden. Das könnte zum Beispiel bedeuten, dass auch nach der Schließung einer Unterkunft die Angebote erhalten und für das soziale Umfeld geöffnet werden. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang ist die Öffnung des Hangars auf dem Tempelhofer Feld für Projekte aus der Nachbarschaft. Ein Hindernis könnten dabei die Sicherheitsregelungen in und um Unterkünfte herum werden: Beispielsweise blockieren sie Begegnung, verhindern die Nutzung von Kinderspielplätzen und machen Absprachen mit der Verwaltung über mögliche Lösungen notwendig. Wertvolle Unterstützung kann in solchen Fällen von Schlüsselpersonen aus der Verwaltung kommen.



Ebenfalls lohne es sich, schon vorhandene Räume und Ressourcen, wie Jugendfreizeiteinrichtungen, zu nutzen. Anstatt neue Angebote zu schaffen, sollte hier angesetzt und an der interkulturellen Öffnung von vorhandenen Räumen gearbeitet werden. Dazu sollten verschiedene Akteurinnen und Akteure zusammengebracht und Möglichkeiten, wie beispielweise die Förderung von Ehrenamt, gemeinsam neu gedacht werden.



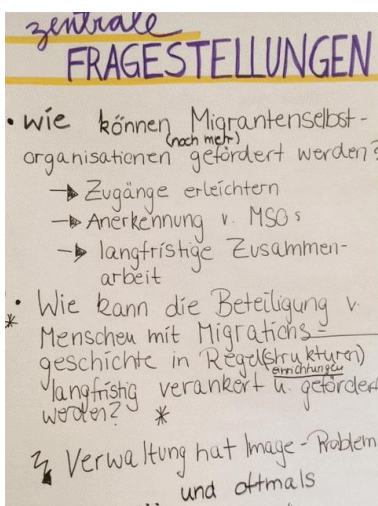
Arbeitsgruppe IV: Empowerment und Selbstorganisation

Moderation	Ibrahim Gülnar, Astou Damba
Experten und Expertinnen	Omed Arghandiwal (Yaar e.V.)
	Marita Orbegoso Alvarez (MaMis en Movimiento e.V.)
	Małgorzata Gedlek (MUT-Projekt, DaMigra e.V)

Diese Arbeitsgruppe beschäftigte sich mit Fragestellungen der Interessenvertretungen von und für Migrantinnen und Migranten: Welche Perspektiven und Interessen gibt es? Welche Unterstützung ist notwendig und durch wen kann sie geleistet werden?

Zunächst befragte das Moderationsteam die Vertreter/innen der anwesenden Organisationen zu ihren Erfahrungswerten mit dem Thema Partizipation in ihrer konkreten täglichen Arbeit.

Małgorzata Gedlek von DaMigra, dem ersten frauenspezifischen Dachverband von Migrantenselbstorganisationen (MSO), berichtete von Anfangsschwierigkeiten des MUT-Projektes. MUT bietet bundesweit Beratung und Empowerment für geflüchtete Frauen an. Mittlerweile leistet MUT durch die Organisation von Gesprächsrunden und Veranstaltungen für geflüchtete Frauen und Migrantinnen Empowermentarbeit in ganz Deutschland. Weiterhin gehört zu dem Aufgabenfeld die Organisation und Durchführung von Schulungen für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu Themen wie z.B. Gesundheit, Arbeit oder Bildung. Der Arbeitsansatz ist dabei grundsätzlich bedarfsorientiert und orientiert sich daran, was die Frauen jeweils brauchen.



Als Vertreter des afghanischen Kultur- und Beratungszentrums Yaar e.V. beschrieb Omed Arghandiwal die Projekte des Vereins für geflüchtete Frauen und Männer aus Afghanistan. Neben einem Männerprojekt gibt es hier auch einen von geflüchteten Frauen selbst organisierten Frauentreff. Weiterhin besteht die Arbeit des Vereins in Sprachkursen, der Aufklärung und Information über die Mehrheitsgesellschaft und in der Unterstützung von Flüchtlingsunterkünften durch die Betreuung von afghanischen Bewohnerinnen und Bewohnern.

Als Vertreter des afghanischen Kultur- und Beratungszentrums Yaar e.V. beschrieb Omed Arghandiwal die Projekte des Vereins für geflüchtete Frauen und Männer aus Afghanistan. Neben einem Männerprojekt gibt es hier auch einen von geflüchteten Frauen selbst organisierten Frauentreff. Weiterhin besteht die Arbeit des Vereins in Sprachkursen, der Aufklärung und Information über die Mehrheitsgesellschaft und in der Unterstützung von Flüchtlingsunterkünften durch die Betreuung von afghanischen Bewohnerinnen und Bewohnern.



Als weitere Expertin informierte Marita Orbegoso Alvarez von Mamis en Movimiento über die Tätigkeiten ihres Vereins: Dezentral in ganz Berlin organisiert engagiert sich MaMis in zahlreichen Projekten für Mehrsprachigkeit und Teilhabe und setzt dabei den Schwerpunkt auf die Frauenförderung.

Anschließend thematisierte die Gruppe Grenzen und Hürden der selbstorganisierten Projektarbeit. Neben den Herausforderungen des Zeitmanagements und der Professionalisierungsstrategien sehen sich die Projekte verschiedenen institutionellen Zwängen und bürokratischen Hürden ausgesetzt. Beispielsweise sei die Arbeit in den Interessenvertretungen – wie auch in vielen anderen Projekten - mit einem hohen bürokratischen Aufwand verbunden. Ebenso erschwere projektgebundenes Arbeiten die Etablierung von nachhaltigen Strukturen. Angesichts dieser Herausforderungen sei eine bessere Förderung von Migrant/innenorganisationen (MSO) durch die Erleichterung von Zugängen zu Ressourcen, der Anerkennung von MSOs und einer langfristigen Zusammenarbeit mit der Verwaltung besonders wichtig. Hier stelle sich die Frage, wie die Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte in Regelstrukturen langfristig verankert und gefördert werden könne. Teilhabe sei ein langfristiger Prozess, der eine längere Zeit benötigt und offenere Strukturen in der Verwaltung voraussetze.

Abschließend stellte die Arbeitsgruppe die elementare Bedeutung von selbstorganisierten Interessenvertretungen heraus: In ihrer Funktion als Brückenbauer/innen übernehmen sie Vermittlungsaufgaben zwischen Menschen mit Migrationsgeschichte und der Mehrheitsgesellschaft, die von anderen Organisationen in dieser Form nicht geleistet werden könne.



„Alle an einen Tisch: Teilhabe heißt teilen!“ – Moderierte Diskussion

Expertinnen und Experten:



Forouzan Forough

Stellv. Einrichtungsleitung der Gemeinschaftsunterkunft „Wittenberger Straße 16-18“



Stephan Liebscher

Mitarbeiter des Servicebüros Berlin im Programm „Willkommen bei Freunden“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung Berlin



Katarina Niewiedzial

Integrationsbeauftragte, Bezirksamt Pankow von Berlin



Mohammed EL Ouahhabi

Sport-Integrations-Coach, „Sportbunt. Vereine leben Vielfalt!“, Landessportbund Berlin e.V.



Sybill Schulz

Leiterin der Koordinierungsstelle Flüchtlingsmanagement, Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales





Die fünf Expertinnen und Experten diskutierten in der abschließenden Fishbowl-Runde verschiedene Fragen und Themen aus den Arbeitsgruppen.

Deutlich wurden die hohen Erwartungen an die Leistung staatlicher Institutionen, insbesondere an das Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Die Verwaltung stehe vor großen Aufgaben und müsse sich ändern: Prioritäten anders setzen, Zuständigkeitsdenken überwinden, Zugänge schaffen und Beteiligung in den eigenen Strukturen ermöglichen. Mit Blick in die Zukunft müssten Beteiligungsangebote für Menschen in unterschiedlichen Stadien des Ankommens gemacht und dabei ressortübergreifend gearbeitet werden. „Vielheit“ sei eine Querschnittsaufgabe, weshalb strategische Allianzen für ressortübergreifende Probleme gebildet werden müssten. Es sei zudem wichtig, nicht nur „Sonderangebote“ für Geflüchtete zu machen, sondern die Unterkünfte und die Interessen der Bewohner/innen in die Analysen und Konzeptentwicklung der Verwaltung miteinzubeziehen und im Sozialraum einzubinden.

Zur Unterstützung der Einrichtungsmitarbeiter/innen bei der Umsetzung von Beteiligungsprojekten gab es den expliziten Wunsch nach einem Überblick bzw. einer Sammlung von Beispielen zu erprobten Beteiligungsformaten.

Neben solch konkreten Ideen und Wünschen wurde die Frage diskutiert, wie die Rahmenbedingungen in den Unterkünften für Partizipation verbessert werden können, ob dies überhaupt erwünscht sei und woran es scheitere, die bekannten „Baustellen“ zu überwinden. So würden Ideen oft nicht angenommen und von Bewohnerinnen und Bewohnern nicht genutzt, da Angebot und Nachfrage bei Beteiligungsangeboten oft nicht zueinander passten. Hierfür wurden diverse Gründe angeführt und diskutiert. Unter anderem wurde die Frage gestellt, wie die Beteiligung von Minderheiten ermöglicht werden kann.

Bei diesem Arbeitsfeld dürfe nicht unterschätzt werden, dass es wichtig sei, verschiedene Modelle auszuprobieren und anzuerkennen. Ein allgemeingültiges Rezept für ein erfolgreiches Partizipationsprojekt könne es nicht geben.



Feedback der Teilnehmer/innen



Zum Abschluss der Veranstaltungen wurden die Teilnehmer/innen des Fachtags um ein Feedback gebeten – sowohl per Feedbackbogen als auch über eine Feedback-Zielscheibe (siehe Bild).

Besonders positiv bewertet wurde die sehr gute Arbeitsatmosphäre, der Veranstaltungsort, der Impulsvortrag von Mark Terkessidis sowie das Mitnehmen neuer Erkenntnisse und Kontakte.

Danke

Für uns als Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung (MBT) war es ein sehr gelungener und konstruktiver Tag, aus dem wir viele Impulse für unsere Arbeit mitnehmen. Wir bedanken uns für das große Interesse und den intensiven Austausch. Auch 2019 werden wir uns für gelingende Kommunikation und Konfliktaustragung im Gemeinwesen, Fragen im Umgang mit Vielfalt, gesellschaftlicher Ausgrenzung, Teilhabe und Demokratiebildung in der Einwanderungsgesellschaft engagieren. Machen wir uns weiterhin gemeinsam auf den Weg.



Impressum

Januar 2019

Stiftung SPI
Geschäftsbereich Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung
Mobiles Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung
Samariterstraße 19 – 20, 10247 Berlin
+49.0.30 41 72 56 28
+49.0.30 44 23 718
+49.0.30 44 03 41 46 fax

mbtberlin@stiftung-spi.de
www.stiftung-spi.de/projekte/mbt
www.mbt-berlin.de

Stiftung SPI
Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.
Müllerstraße 74, 13349 Berlin
Vorstandsvorsitzende/Direktorin: Dr. Birgit Hoppe

Redaktion: Astou Damba, Maren Goll, Andreas Hellstab, Claire Horst, Katrin Riedel

Alle Bildrechte liegen beim Mobilem Beratungsteam Berlin – für Demokratieentwicklung.
Fotos: Henning Hattendorf (www.henninghattendorf.de)
Graphic Recording: Jana Kreisl (www.janakreisl.de)

